

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1991

- Ein kurzer Überblick -

I

Außenpolitik

- Oskar Weggel -

Außenpolitisch geriet China schon gleich zu Beginn des Jahres 1991 angesichts des bevorstehenden Golfkriegs in eine unangenehme Zwangslage: Einerseits wollte es das Eingreifen der UNO-Streitkräfte im Irak verhindern, doch andererseits befürchtete es eine weitere Verschlechterung seiner ohnehin schon gespannten Beziehungen zu den USA und zu anderen westlichen Ländern, wenn es als eines der Fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats ein Veto einlegte. So wählte es einen Zwischenweg und enthielt sich der Stimme, lieferte damit aber den anderen Großmächten in der UNO die Möglichkeit militärischen Eingreifens. Etwas betreten war die Regierung über die proamerikanische Haltung der Bevölkerung im Golfkrieg.

Unangenehm waren auch die Nachwirkungen der Osteuropakrise: Am 25. Februar 1991 wurde der Warschauer Pakt aufgelöst, und es bestand - aus Beijinger Sicht - die Gefahr, daß die NATO die günstige Gelegenheit ausnutzen würde, um die "osteuropäischen Länder zu ihrem Hinterhof zu machen". China suchte hier gegenzusteuern, nahm mit der KPdSU im Februar 1991 wieder offizielle Parteibeziehungen auf, ließ seinen Außenminister Qian Qichen im Februar die Länder Polen, Bulgarien und Ungarn besuchen, empfing im Januar 1991 den neuen rumänischen Staatspräsidenten und KP-Vorsitzenden Iliescu und söhnte sich, ebenfalls im Januar 1991, anlässlich eines Besuches des albanischen Außenministers wieder mit Albanien aus, zu dem es ja die ganzen 60er Jahre über ein "Sonderbündnis" unterhalten hatte.

Mitte Mai reiste Parteichef Jiang Zemin nach Moskau und konnte dort eine weitere "Normalisierung" zwischen beiden Seiten feststellen. Hoffnung, daß sich die Dinge in der Sowjetunion nochmals zugunsten des "Sozialismus" wenden könnten, kam im Zusammenhang mit dem Moskauer Putsch Mitte August 1991 auf. Bis zum 22. August 1991, als der Putsch noch erfolgreich zu verlaufen schien, berichtete Beijing ausführlich über die Ereignisse. Als sich jedoch in der Nacht vom 22. auf den 23. August das Scheitern herausstellte, verschlug es der chinesischen Propaganda förmlich die Sprache.

Noch bei einer Rede im März 1991 hatte Deng Xiaoping empfohlen, mit "freundschaftlichen sino-sowjetischen Beziehungen im Mittelpunkt" eine neue sozialistische Allianz aufzubauen, die aus fünf Staaten bestehen sollte, nämlich China, der UdSSR, Nordkorea, der Mongolei und Vietnam. Mit solchen Plänen war es nun vorbei. Am 27. Dezember erkannte China die elf neuen Staaten der GUS diplomatisch an.

Ersatzweise wandte sich China nach langer Zeit gegenseitiger Anfeindungen wieder an Kuba. Im Juli 1991 beschlossen beide Länder, ihr Verhältnis im Zeichen des gemeinsamen Sozialismus künftig wieder enger zu gestalten. Allerdings verwahrt sich die VR China dagegen, die Rolle der Sowjetunion in Kuba zu übernehmen: Dies wäre ein allzu kostspieliges Unterfangen, mit dem sich Beijing überdies auch noch die Gegnerschaft der USA einhandeln würde.

1991 erfolgte auch ein weiterer Ausbau der Beziehungen Chinas zu seinen Nachbarn: Es bestärkte Nordkorea in

seinem Entschluß, mit Südkorea weiter zu verhandeln und außerdem getrennte Anträge auf einen UNO-Beitritt zu stellen: In der Tat wurden beide koreanischen Staaten im September 1991 in die Weltgemeinschaft aufgenommen. Bereits Ende Januar 1991 war in Beijing eine Ständige Handelsmission Südkoreas eröffnet worden. Allerdings wies Beijing die Möglichkeit einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Seoul weit von sich.

Im Oktober besuchte der nordkoreanische Staats- und Parteichef Kim Ilsong die VR China. Nachdem die Sowjetunion als Partner ausgefallen war, gab es für Nordkorea keine Schaukelpolitik mehr. Es mußte sich nun ganz auf China hin arrangieren, das jedoch seinerseits auf eine möglichst schnelle Lösung der Koreafrage drängte und nicht mehr bereit war, die wirtschaftlich so interessanten Beziehungen zu Südkorea der wenig ergiebigen "Freundschaft" mit Nordkorea auf die Dauer zu opfern.

Gegenüber Japan zeigte China wachsendes Mißtrauen und sprach von "Großmachtambitionen" und "Remilitarisierung". Japan suchte gegenzusteuern und das seit Juni 1989 gespannte Verhältnis zwischen beiden Seiten wieder zu "normalisieren". Zu diesem Zweck reiste Ministerpräsident Kaifu im August 1991 nach China. Man kam zu dem Ergebnis, daß sich die Regierungschefs künftig häufiger konsultieren sollten.

Im Februar 1991 besuchte der indische Außenminister die VR China, nachdem bereits Rajiv Gandhi im Dezember 1988 nach China gekommen war und dort eine grundlegende Wende in den sino-indischen Beziehungen eingeleitet hatte. Im Dezember 1991 schließlich reiste Li Peng im Gegenzug zu einem Besuch nach Indien. Es wurde dabei beschlossen, vor allem die Grenzfrage, die seit Anfang der 60er Jahre im Mittelpunkt der beiderseitigen Spannungen gestanden hatte, durch Verhandlungen zu bereinigen.

Das freundschaftliche Verhältnis zu Pakistan blieb trotz der chinesisch-indischen Annäherung gewahrt: Ende Oktober/Anfang November besuchte der chinesische Staatspräsident Yang Shangkun Pakistan und den Iran, also zwei Länder, mit denen die Volksrepublik im Zeichen ihrer früheren anti-

sowjetischen Strategie immer schon enge Beziehungen unterhalten hatte. Pakistan gilt seit Jahrzehnten als Freund Nr.1 der Chinesen in Asien - und soll es nach dem Willen Beijings auch in Zukunft bleiben. China liefert an Pakistan Jagdflugzeuge, Panzer und Infanteriewaffen und hat daneben auch den Iran mit Militärgütern versorgt: Von den Waffen im Wert von 5,2 Mrd.US\$, die China zwischen 1984 und 1987 an die Dritte Welt lieferte, gingen 80% an den Iran und -zynischerweise - an dessen Kriegsgegner Irak.

Auch in Richtung Südostasien entwickelte sich die Außenpolitik Beijings zu friedensstellend. So kam es nach zwölf Jahren heftiger gegenseitiger Anfeindungen zur Renormalisierung der Beziehungen mit Vietnam: Ein entsprechendes Abkommen wurde beim Besuch des neuen Hanoi-er Außenministers im September 1991 in Beijing unterzeichnet, nachdem es seit Beginn des Rückzugs der vietnamesischen Streitkräfte aus Kambodscha im September 1989 bereits erste Annäherungsversuche gegeben hatte. Mit seinem südlichen Nachbarn Laos schloß China am 24. Oktober 1991 einen Grenzvertrag ab, der die Regierung in Vientiane offensichtlich zufriedenstellte. Am 1.10.1991 nahm China mit Brunei diplomatische Beziehungen auf.

Günstig entwickelten sich auch die Beziehungen zu Europa: Im Februar trat Außenminister Qian Qichen eine 17tägige Europareise an, die ihn u.a. nach Portugal, Spanien, Griechenland und Malta führte. Besonders gut entwickelte sich das chinesisch-französische Verhältnis, obwohl Frankreich mit zu den schärfsten Kritikern des Tiananmen-Massakers gehört hatte und nach dem 4. Juni 1989 zum Hauptzufluchtsort chinesischer Dissidenten und Paris zum Gründungsort der regimekritischen Demokratischen Allianz geworden war. Im April 1991 besuchte der britische Außenminister Hurd die VR China und sprach dabei die Hongkong-Frage sowie die Menschenrechtssituation an. Im April 1991 folgten Hurts französischer Amtskollege Roland Dumas und kurze Zeit später Italiens Außenminister Gianni de Michelis. Nach diesen Besuchen der EG-Außenminister in China reiste in umgekehrter Richtung eine chinesische Einkaufsdelegation, die in Europa Waren für rund 1 Mrd.US\$ orderte.

Das Verhältnis zu den USA blieb kühl. Vor allem der amerikanische Kongreß versuchte, der VR China mit Hinblick auf ständige Menschenrechtsverletzungen den Meistbegünstigungsstatus zu nehmen, scheiterte jedoch am Einspruch des Senats. Im November 1991 kam Außenminister Baker nach Beijing: Es war der erste Besuch eines US-Spitzenpolitikers seit den Juni-Ereignissen von 1989. Die Visite spielte sich in einer höchst kühlen Atmosphäre ab.

1991 wurde in Beijing auch die Frage diskutiert, ob mit Südafrika und mit Israel bald diplomatische Beziehungen aufgenommen werden sollen. Einstweilen wagen es die Chinesen jedoch noch nicht, diese Schritte zu tun, obwohl sie prinzipiell an solchen Verbindungen durchaus interessiert wären.

Im März stellte Beijing den Antrag auf Ausrichtung der Olympischen Spiele im Jahre 2000.

Am 29. Dezember verabschiedete der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses eine Resolution, derzufolge die VR China dem Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen ohne Einschränkungen beitrifft.

II

Innenpolitik

- Peter Schier -

In der Volksrepublik China gab es im Verlauf des Jahres 1991 innenpolitisch keine wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr: Die Pattsituation innerhalb der politischen Elite in gesellschafts- und vor allem wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen hielt an. In der Frage der Wirtschaftsreform bestehen weiterhin grundsätzliche programmatische Meinungsunterschiede sowie fundamentale Interessensdivergenzen zwischen konservativen Reformkräften (Wahlspruch: 'wirtschaftliche Liberalisierung ja, politische Liberalisierung nein') auf der einen Seite und Sowjetmodell-Sanierern und orthodoxen Marxisten-Leninisten auf der anderen Seite bzw. zwischen staatlicher Wirtschaftsbürokratie und Parteibürokratie einerseits und marktwirtschaftlich orientierten Betriebsleitern andererseits. Hinzu kommen immer stärker werdende Interessenkonflikte sowohl zwischen den armen Westprovinzen auf der einen Seite und den reichen Ostprovinzen auf der an-

deren Seite als auch zwischen der Zentrale und den einzelnen Provinzen. Vor allem die wirtschaftlich zunehmend eigenständigen Südostprovinzen, allen voran Guangdong, lassen sich auch politisch immer weniger von den Zentralinstanzen gängeln. So setzte die Führung von Guangdong Anfang des Jahres ihren Kandidaten für das Amt des Provinzparteisekretärs gegen den Willen der Parteizentrale durch.

Trotz verbaler Beschwörungen der "Reform- und Öffnungspolitik" war die politische Führung auch 1991 nicht in der Lage, eine konsequente, in sich schlüssige Wirtschaftspolitik zu beschließen und zu verwirklichen. Nach wie vor wird nach einem wirtschaftspolitischen Mischkonzept verfahren, in dem zentrale Planung und Staatseigentum Priorität gegenüber Marktwirtschaft und Privateigentum haben. Die wirtschaftliche Entwicklung und die relativ gute Versorgungslage werden im wesentlichen von der mehr oder weniger geduldeten Privatwirtschaft und von den wirtschaftspolitisch relativ liberal handelnden Südostprovinzen und ihren Wirtschaftszone getragen, während die staatliche Industrielandschaft immer tiefer in roten Zahlen versinkt, ohne daß diese offensichtliche Problematik zu den notwendigen wirtschaftspolitischen Kurskorrekturen führt.

Einig ist sich die politische Führung lediglich in der Aufrechterhaltung der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei Chinas, deren Führungskader immer mehr in Korruption und Nepotismus zu versinken scheinen. Vor allem der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa und die Desintegration der Sowjetunion haben die verschiedenen politischen Meinungsgruppen im Interesse des eigenen Überlebens enger zusammenrücken lassen, um ihre Macht und Privilegien mit Hilfe des Sicherheitsapparats und der Armee zu verteidigen. Freilich ist man sich uneins in den Methoden der mittel- und längerfristigen Absicherung der eigenen Herrschaft: Während die konservativen Reformer um Deng Xiaoping primär auf eine Erhöhung des Lebensstandards mittels marktwirtschaftlich orientierter Wirtschaftsreformen setzen, um die Mehrheit der Bevölkerung bei der Stange zu halten, befürworten die orthodoxen Kräfte - fast ausschließlich über 70jährige Revolutionsveteranen - vor allem eine umfassende Reideologisierung und ei-

ne sozialistische Erziehungskampagne. Da beide Gruppen auf der politischen Entscheidungsebene etwa gleich stark sind, sollen nun beide Methoden gleichzeitig angewandt werden.

Aufgrund der intraelitären Kräftekonstellation wurde das Thema 'Politische Reformen' auch im Jahre 1991 nicht auf die politische Tagesordnung gesetzt. Nach wie vor werden die wichtigsten Entscheidungen nicht in den formalen politischen Führungsgremien (Politbüro des ZK der KPCh, Ständige Konferenz des Staatsrats, Ständiger Ausschuß des Nationalen Volkskongresses) gefällt sondern in einem informellen Spitzengremium, dem mehrheitlich über 80jährige Revolutionsveteranen angehören. Obwohl Deng Xiaoping mittlerweile von allen Ämtern zurückgetreten ist, keine ausländischen Besucher mehr empfängt und öffentlich nicht mehr auftritt, ist er nach wie vor der primus inter pares der chinesischen Spitzenpolitiker. Dem von Deng geführten höchsten informellen Entscheidungsgremium gehörten Ende 1991 folgende zwölf Politiker mit einem Durchschnittsalter von 78 Jahren an:

- 1) Deng Xiaoping, 1904
- 2) Chen Yun, 1905, Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission
- 3) Yang Shangkun, 1907, Staatspräsident, 1. stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission, Mitglied des Politbüros
- 4) Peng Zhen, 1902
- 5) Bo Yibo, 1908, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission
- 6) Song Renqiong, 1909, stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission
- 7) Wan Li, 1916, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Mitglied des Politbüros
- 8) Li Xiannian, 1909, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes
- 9) Jiang Zemin, 1926, ZK-Generalsekretär, Vorsitzender der ZK-Militärkommission, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros

10) Li Peng, 1928, Ministerpräsident, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros

11) Qiao Shi, 1924, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, Mitglied des ZK-Sekretariats

12) Song Ping, 1917, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros

Die offenkundige erhebliche Überalterung der chinesischen Spitzenelite birgt die Gefahr politischer Instabilität, denn mit dem Ableben von mindestens sieben der zwölf o.g. Politiker muß in nächster Zukunft gerechnet werden. Die politische Nachfolge scheint nicht effektiv geregelt: Der von Deng Xiaoping (87) zu seinem informellen Stathalter bestimmte Yang Shangkun ist mit 84 Jahren nur drei Jahre jünger, und der von Deng zum ZK-Generalsekretär erhobene Jiang Zemin (65) hat keine starke Machtbasis. Ministerpräsident Li Peng (63) kann nur auf die Unterstützung der orthodoxen Veteranen zählen, die die nächsten fünf Jahre wahrscheinlich nicht überleben werden. Angesichts dieser Konstellation scheint eine stärkere Machtposition des Militärs im Anschluß an den Tod der drei heute noch führenden Politiker (Deng Xiaoping, Chen Yun und Yang Shangkun) möglich. Doch auch eine solche Entwicklung dürfte nichts daran ändern, daß China seine außenwirtschaftliche Öffnungspolitik fortsetzen und mehr oder weniger am konservativen Reformkonzept (d.h. Marktwirtschaft und Diktatur) festhalten wird, denn die Mehrheit der jüngeren Politiker und Militärführer scheint begriffen zu haben, daß wirtschaftlicher Erfolg nur möglich ist durch Weltmarktanbindung und Zulassung privatwirtschaftlicher Initiative. Insofern könnte es nach dem Tod der alten Garde zu einem intraelitären Bündnis pragmatischer Technokraten und aufgeklärten Militärs kommen, das möglicherweise auch gegenüber vorsichtigen politischen Reformen aufgeschlossen wäre.

Die insgesamt repressive Politik gegenüber Oppositionellen wurde auch 1991 fortgesetzt. Während "reuewillige" Studenten und Intellektuelle relativ milde behandelt wurden, erhielten Arbeiter und nicht "reuewillige" Intellektuelle, die sich an der Protestbewegung von 1989 beteiligt hatten, sehr hohe Haftstrafen. Die Mehrzahl der verhafteten Teilnehmer an den '89er Demon-

strationen scheint keinen öffentlichen Prozeß erhalten zu haben und mittels administrativer Bestrafung in Umerziehungslager deportiert worden zu sein. Mitte 1991 saßen noch zwischen 1.200 und 1.700 Teilnehmer der Protestbewegung von 1989 in Gefängnissen eine Freiheitsstrafe ab. Über die Zahl derer, die auf administrativem Wege (d.h. durch die Sicherheitsorgane) zur "Umerziehung" in Arbeitslager eingewiesen wurden, ist nach wie vor nichts bekannt.

Auf die anhaltende internationale Kritik an der Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China reagierte die chinesische Führung Anfang November 1991 mit der Veröffentlichung eines umfangreichen Weißbuches über "Die Situation der Menschenrechte in China". Erwartungsgemäß steht es dem Weißbuch zufolge in China mit der Wahrung und dem Schutz der Menschenrechte nur zum besten. So soll es in China keine politischen Gefangenen geben, und es werden angeblich auch keine Menschen ohne Gerichtsverfahren in Anstalten zur Umerziehung durch Arbeit verschickt. Tatsächlich existiert seit langem eine rechtliche Grundlage für die rein administrative Bestrafung durch die Sicherheitsbehörden zur "Umerziehung durch Arbeit" (laodong jiaoyu). Auch die Behauptung des Weißbuchs, daß der Anwendungsbereich der Todesstrafe streng beschränkt sei, scheint mit der Realität der periodisch auftretenden exzessiven Anwendung der Todesstrafe nicht vereinbar zu sein. Schließlich scheint auch die folgende Darstellung des Weißbuchs bestenfalls einen Soll-Zustand zu beschreiben: "Abtreibung als eine Abhilfemaßnahme für eine mißlungene Empfängnisverhütung wird nur mit freiwilliger Zustimmung der Frauen und unter sicheren und zuverlässigen Bedingungen durchgeführt."

Die Kommunistische Partei scheint nach wie vor mit einem starken Vertrauensschwund in nahezu allen Kreisen der Bevölkerung konfrontiert zu sein. Die Hauptursachen hierfür sind die weitverbreitete Korruption der Partei- und Staatskader und die widersprüchlichen Aussagen der politischen Führung zum Thema Wirtschaftsreform. Der Autoritätsschwund der KPCh kommt in vielen Formen zum Ausdruck: Mittlerweile haben sich über 70 Millionen Menschen in nicht-staatlichen Organisationen zusammengeschlossen, und die Zahl der Anhän-

ger der verschiedenen religiösen Glaubensrichtungen beläuft sich auf über 230 Millionen. In einer Reihe von ländlichen Gebieten ist die Autorität der religiösen Gruppen und ihrer Führer größer als die Autorität der KPCh. Die Parteiführung will mit einer sozialistischen Erziehungsbewegung auf dem Land dieser Entwicklung entgegensteuern, doch die Propagierung sozialistischer Heilslehren dürfte auch auf dem Land, der traditionellen Machtbasis der KPCh, kaum noch Anklang finden.

Allerdings scheint die Mehrheit der Bevölkerung Chaos und Versorgungsschwierigkeiten wie in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion zu befürchten, wenn es in China zu einem Zerfall der staatlichen Ordnung käme. Da auch die Versorgungslage relativ gut ist, dürften große Teile der Stadt- und Landbevölkerung in nächster Zukunft nicht bereit sein, sich umfassenden Widerstandsbewegungen gegen die politische Führung anzuschließen. Ein nicht unerhebliches politisches und soziales Unruhepotential geht jedoch nach wie vor von der Studentenschaft (vor allem in Beijing), den sog. "nationalen Minderheiten" in Tibet und Xinjiang sowie - im Falle von Arbeitslosigkeit - von den entwurzelten Wanderarbeitern aus. Letztere soziale Gruppe macht mittlerweile immerhin rund 70 Mio. Menschen aus. Oppositionelle Kräfte unter den Studenten und nationalen Minderheiten würden wahrscheinlich sofort offen aktiv werden, wenn die staatliche Repression nachlasse. Die Studenten dürften dann unter den privaten Kleinunternehmern Unterstützung finden, die weitergehende Wirtschaftsreformen und ein politisches Mitspracherecht fordern. Angesichts dieser Konstellation ist in absehbarer Zukunft keine Lockerung der inneren Sicherheitsvorkehrungen von Partei und Staat zu erwarten, sondern eher das Gegenteil.

III

Wirtschaft

- Margot Schüller -

Der Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung der VR China im Jahre 1991 bietet ein recht widersprüchliches Bild. Zwar gelang es der Regierung, die industrielle Produktion durch Einsatz umfangreicher Kredit- und Investitionsmittel neu zu beleben, die Erhöhung der wirtschaftlichen Effi-

zienz erwies sich jedoch als sehr schwierig. Gleichzeitig mit der Geldmengenausweitung zeichnete sich wieder die Gefahr einer weiteren Inflationsrunde ab, obgleich die Beibehaltung einer niedrigen Inflationsrate für 1991 als wirtschaftspolitischer Erfolg gewertet werden muß. Problematisch ist der Balanceakt zwischen wirtschaftlicher Dynamik und Stabilität auch aufgrund weiter bestehender Defizite bei der makroökonomischen Steuerung.

Da der industrielle Bruttoproduktionswert weit über das für 1991 vorgesehene moderate Wachstum hinausging und aufgrund der überdurchschnittlich guten Ernteergebnisse in der Landwirtschaft, wird zwar die geplante gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate für das Jahr 1991 nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten werden können. Viele der strukturell bedingten Probleme blieben jedoch auch 1991 weiter bestehen und führten dazu, daß weder der im Austerity-Programm geforderte Ausgleich des Haushaltsdefizits noch die 'Rationalisierung' der industriellen Produktionsstrukturen in gewünschtem Ausmaß möglich war.

Mit der Verabschiedung des 8. Fünfjahresplanes (1991-95) und des 10-Jahresprogramms (1991-2000) beginnt eine neue Phase in der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas. Die Aussagen des neuen Fünfjahresplanes und des Langzeitprogrammes sind deutlich durch die abweichenden politischen Vorstellungen innerhalb der chinesischen Führung und die konfligierenden Interessen zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen geprägt. Kompromisse zwischen Vertretern unterschiedlicher Interessen mußten vor allem hinsichtlich des Tempos der Wirtschaftsreformen sowie der weiteren Preis- und Unternehmensreform und der Aufteilung der Finanzen zwischen Zentral- und Lokalregierung gemacht werden.

Seit Mitte 1991 war wieder eine kritische wirtschaftspolitische Diskussion und eine schrittweise Wiederaufnahme früherer Reformkonzepte zum Kapitalmarkt sowie zur Preis- und Eigentumsreform zu beobachten. Diese Entwicklung läßt sich einerseits auf den steigenden Legitimationsdruck nach dem vor allem auch wirtschaftlichen Zusammenbruch anderer sozialistischer Systeme zurückführen. Ander-

erseits erforderte wohl auch die inzwischen zu beobachtende Eigendynamik des reformierten Wirtschaftssystems, die allerdings regional sehr unterschiedlich ist, weitere Liberalisierungsschritte.

Steigende Haushaltsdefizite kennzeichneten die Entwicklung des Staatshaushalts auch 1991. Problematisch erscheint dabei nicht die Tatsache der Staatsverschuldung als solcher, sondern die Mittelverwendung. So entfällt inzwischen mehr als ein Drittel der Staatseinnahmen auf Preissubventionen für die städtischen Konsumenten und Verlustsubventionen für die staatliche Industrie, deren Gewinn- und Steuerzahlungen an den Staatshaushalt in den letzten Jahren immer niedriger ausfielen. Aufgrund von Deformationen im Finanz- und Steuersystem ging außerdem der Anteil der Zentralregierung an den gesamten Finanzeinnahmen zurück und damit die Fähigkeit der Zentralregierung, ihre finanzpolitischen Ziele durchzusetzen und den Bau von Schlüsselprojekten zu finanzieren.

Unzureichende Fortschritte bei der Preisreform und die Zunahme der Verluste in den staatlichen Industriebetrieben erlaubten auch im Jahre 1991 keinen Abbau der Subventionen. Das am Anfang des Jahres mit rund 13 Mrd. Yuan geplante Haushaltsdefizit für 1991 wird nach neuesten offiziellen Schätzungen rund 20 Mrd. Yuan ausmachen. Dies wird vor allem auf die zusätzlichen Staatsausgaben im Zusammenhang mit der Überschwemmungskatastrophe im Sommer 1991 bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen zurückgeführt. Unter Berücksichtigung der inländischen Schuldverschreibungen und ausländischen Kredite kann damit gerechnet werden, daß die Staatsverschuldung insgesamt auf rund 60 Mrd. Yuan ansteigen wird.

Die Entwicklung im industriellen Sektor war 1991 durch die Krise der staatlichen Unternehmen geprägt. Ohne die Lockerung der Kreditvergabe und der Investitionsauflagen gegenüber den staatlichen Unternehmen und die bevorzugte Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen und Energie im Rahmen der sogenannten "Doppel-Garantie" (der Staat garantiert die Produktionsbedingungen, während das Unternehmen den Verkauf bestimmter Produktionsmengen und die Ablieferung von Gewinnen und Steuern an

den Staat garantiert) wäre ein Überleben vieler staatseigener Unternehmen nicht möglich gewesen.

Die hohen Wachstumsraten des industriellen Bruttoproduktionswertes seit Herbst 1990 sind nur zu einem geringen Teil Ausdruck erhöhter wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, da nicht gleichzeitig eine Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz in den staatlichen Unternehmen erfolgte. Da diese jedoch mit mehr als der Hälfte zur Wertschöpfung und mit rund 40% zum Staatshaushalt beitragen und rund 70% der Arbeitskräfte im Industriesektor beschäftigen, ist die Entwicklung der staatseigenen Unternehmen von großer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft.

Zu den dringend zu lösenden Problemen in der staatseigenen Industrie zählen die sogenannte 'Dreiecksverschuldung' bzw. Verschuldungsketten. Diese Verschuldung der Unternehmen ist im wesentlichen eine Folge von Investitionslücken für Projekte des Investitionsbaus und anderer Investitionsprojekte, die zur Verschuldung gegenüber anderen Unternehmen für Rohstoff- und Energielieferungen und gegenüber den Banken führen. Das Ausmaß der Schulden zwischen den Staatsbetrieben macht inzwischen bereits 270 Mrd. Yuan aus und zeigt deutlich die strukturellen Defizite der staatseigenen Industrie.

Die vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Zhu Rongji geleitete Kampagne gegen die Unternehmensverschuldung und ineffiziente staatliche Betriebe konnte gewisse Erfolge verbuchen. So wurden eine größere Anzahl von staatlichen Unternehmen zumindest vorübergehend stillgelegt und Anpassungsmaßnahmen in den Bereichen Technologie und Produktmix durchgeführt. Insgesamt wird sich die Restrukturierung der Unternehmen jedoch als langwieriger Prozeß darstellen, der gegen lokale Interessen durchgesetzt werden und sozial verträglich gestaltet werden muß.

Der Lebensstandard der städtischen Bevölkerung hat sich aufgrund steigender Einkommen bei relativ niedriger Inflationsrate insgesamt weiter verbessert. Allerdings erhöhten sich die Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Berufsgruppen und aufgrund der unterschiedlichen Fähigkeit der Betriebe, Bonuszahlungen und Sozialleistungen anbieten zu können. Auch

1991 wurden weitere Reformschritte zum Aufbau eines sozialen Sicherungssystems gemacht, mit dem vor allem die zu erwartende Arbeitslosigkeit als Folge der Unternehmensreformen aufgefangen werden soll. Insgesamt steckt die Reform jedoch noch in den Anfängen und ist bisher auf wenige Städte und Gebiete beschränkt.

In der Landwirtschaft erschien zunächst aufgrund der langanhaltenden Überschwemmungen im Frühjahr und Sommer 1991 die Realisierung der Planungsvorgaben für Getreide und andere wichtige Agrarprodukte fraglich. Die im Herbst gemeldeten Ernteerträge, die nur wenig hinter den Ergebnissen von 1990 zurückstehen, lassen jedoch auf einen wesentlich geringeren Einfluß der Flutkatastrophe auf die Anbauproduktion schließen. Allerdings haben die Überschwemmungen gezeigt, daß notwendige Investitionen in die landwirtschaftliche Infrastruktur, vor allem auch in den Wasserbau, in den letzten Jahren vernachlässigt worden waren.

Die Einkommen der Bauern aus den Verkäufen landwirtschaftlicher Produkte an den Staat gingen bei gleichzeitig steigenden Kosten für landwirtschaftliche Inputs zurück. Relativ niedrige Preise für landwirtschaftliche Produkte auf den Märkten, auf denen 52% der Produkte gehandelt werden, wirkten sich ebenfalls kaum einkommenssteigernd aus. Ein Ausgleich bieten zwar die Einkommen aus Beschäftigung in ländlichen Industriebetrieben, die bereits mit rund der Hälfte zum bäuerlichen Einkommen beitragen, doch wird für 1991 wieder nur mit einer Einkommenssteigerung von real 2-3% zu rechnen sein.

Die ländliche Industrie realisierte 1991 eine besonders dynamische Entwicklung und konnte ihre Bedeutung für die ländliche Wirtschaft und die Gesamtwirtschaft weiter ausbauen. Inzwischen werden bereits rund ein Viertel des industriellen Bruttoproduktionswertes in den ländlichen Gebieten erwirtschaftet sowie 22% des Exportwertes. Es ist jedoch abzusehen, daß die Dynamik der ländlichen Industrie die Konkurrenzsituation zur staatlichen Industrie um knappe Rohstoffe und Energie wieder verschärfen wird.

Im Gegensatz zur weiterhin kritischen binnenwirtschaftlichen Entwicklung konnten im außenwirtschaftlichen Bereich beachtenswerte Erfolge erzielt

werden. Bei verstärkten Exportanstrengungen und Fortsetzung der Importsubstitutionspolitik erzielte China 1990 bereits einen relativ hohen Exportüberschuß. Dieser Trend setzte sich auch 1991 weiter fort, obwohl zur geplanten Realisierung der technologischen Erneuerung innerhalb des 8. Fünfjahresplanes größere High-Tech-Importe notwendig waren.

Der Außenhandelsüberschuß ist insbesondere als Erfolg der exportorientierten Entwicklungsstrategie in den Küstenprovinzen zu bewerten. So erhöhte sich auch 1991 der Anteil der Sonderwirtschaftszonen am gesamten Außenhandel. Der Exporterfolg in den Küstenprovinzen wurde durch die weitere Ansiedlung von sino-ausländischen Joint Ventures unterstützt sowie durch die zunehmende Abkoppelung der Unternehmen in den Küstengebieten von inländischen Rohstoffmärkten. Über die Provinzen Guangdong und Fujian hat sich die Praxis des Imports von Materialien zur Weiterverarbeitung für den Export bis in die nördlichen Küstenprovinzen verbreitet.

Charakteristisch für den chinesischen Außenhandel war 1991 die weitere strukturelle Veränderung der Handelsströme. So stieg der Anteil der Fertigprodukte am Exportwert auf inzwischen rund 70%. Wichtigster Devisenbringer war die Textilindustrie, aber auch die Exporte der Maschinenbau- und Nahrungsmittelindustrie erhöhten sich deutlich. Weiterhin verstärkte China den Handel mit den ASEAN-Staaten und konnte seine Handelsbeziehungen mit den Grenzstaaten weiter ausbauen. Die Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den übrigen Staaten der Region wird auch im Bereich der technischen Kooperation deutlich.

Die Verbesserung der Außenhandelsposition der VR China ist auch auf wiederholte Abwertungen zurückzuführen, die 1991 jedoch nur in geringerem Ausmaße erfolgten. Nach Schätzungen von Wirtschaftsexperten ist die chinesische Währung noch um 5-10% überbewertet, und für Anfang 1992 wird mit einer weiteren Devaluierung der Währung zu rechnen sein.

Die Erhöhung der Exportüberschüsse führte zur Ausweitung der Devisenreserven auf rund 40 Mrd. US\$. Der Anstieg der Devisenreserven ist vor allem auch aufgrund der notwendigen High-

Tech-Importe zur Realisierung der im Fünfjahresplan aufgestellten Ziele der technologischen Erneuerung der Industrie, aber auch für die anstehenden Schuldendienste für ausländische Kredite erforderlich. Mit der Erhöhung der Devisenreserven verbesserte sich die Kreditfähigkeit Chinas im Ausland wieder.

Neben einer Zunahme der Unternehmensgründungen mit ausschließlich ausländischem Kapital scheint sich auch der Trend fortzusetzen, daß zwar mehr Kooperationsprojekte durchgeführt werden, die Investitionssummen jedoch insgesamt geringer sind. Nach einer Einschätzung ausländischer Experten dominierten vor allem die Investitionen in kleinere Unternehmen, die in den Küstenstädten bzw. den Sonderwirtschaftszonen für den Export produzieren. Hier wird das Risiko der bürokratischen Einmischung als geringer angesehen, da die Steigerung der Exporte im Vordergrund steht, und darüber hinaus ist die Produktion für den ausländischen Markt mit weniger Absatzrisiken behaftet.

Zu den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten, die die Entscheidung der ausländischen Investoren beeinflussen, sind in den letzten Jahren auch negative Erfahrungen der ausländischen Joint Venture-Partner bei der Auflösung bestehender bzw. auslaufender Unternehmenskooperationen getreten. Hierzu zählten Probleme bei der Auflösung des Joint Venture bzw. beim Verkauf der Unternehmensanteile, die insbesondere durch den Widerstand des chinesischen Partners hervorgerufen wurden.

Der zunehmende regionale Wettbewerb um ausländische Investitionen hat zu einer breiten Palette von unterschiedlichen Investitionsbedingungen in den "Sonderwirtschaftszonen", "Geöffneten Küstenstädten", "High-Tech-Entwicklungszonen" und "Entwicklungszonen für Wirtschaft und Technologie" geführt. Um den Standort für ausländische Investoren noch attraktiver zu machen, werden sogar abweichend von den offiziellen Bestimmungen lokale Zugeständnisse gemacht. Insgesamt dominiert jedoch bei der regionalen Aufteilung der ausländischen Investitionen nach wie vor die Provinz Guangdong, gefolgt von Fujian, Shanghai und der Provinz Liaoning.

Oskar Weggel

Normalisierung zwischen den beiden größten Entwicklungsländern der Welt

- Zum Besuch Li Pengs in Indien -

Gliederung:

- 1 Die geänderten Vorzeichen im chinesisches-indischen Verhältnis
- 2 Zur Erinnerung: Das Konfliktpotential vergangener Jahre
- 3 Die meisten Altlasten sind verschwunden
 - 3.1 Konfliktabbau
 - 3.1.1 Das Bündnis zwischen Delhi und Moskau
 - 3.1.2 Vietnam, Sikkim, Bhutan
 - 3.1.3 Tibet
 - 3.1.4 Kambodscha, Afghanistan
 - 3.2 Aufeinander zugehen
- 4 Drei "Restkonflikte"
 - 4.1 Die "Pakistan-Frage"
 - 4.2 Die Hegemonismus-Frage
 - 4.3 Die Grenzfrage
- 5 "Harmonie" auf ganzer Linie und zukunftsfrüchtige Vereinbarungen

1 **Die geänderten Vorzeichen im chinesisches-indischen Verhältnis**
China und Indien sind die zwei größten Entwicklungsländer der Welt und beherbergen innerhalb ihrer Grenzen rd. zwei Fünftel der gesamten Weltbevölkerung. Beide sind Länder mit uralten

Zivilisationen und gegenseitigen Verbindungen, die Jahrhunderte zurückreichen und sich vor allem im Zeichen des Buddhismus gefestigt haben. Beide Staaten konstituierten sich kurz hintereinander: Die Republik Indien gewann ihre Unabhängigkeit i.J. 1947, die VR China wurde i.J. 1949 ausgerufen. Bei allen Gemeinsamkeiten gab es aber auch immer wieder Konflikte. Beide streiten sich beispielsweise seit Jahren um die Demarkierung ihrer rd. 2.000 km langen Grenze, um die es in den vergangenen Jahren sogar militärische Auseinandersetzungen gegeben hat. Doch langsam hat sich in den vergangenen Jahren ein Entspannungsprozeß angebahnt.

Der Besuch des chinesischen Premierministers Li Peng vom 11. bis 16. Dezember 1991 in der Republik Indien hat nicht nur zu einer weiteren Förderung dieses Prozesses der Versöhnung zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten der Welt beigetragen, sondern schlagartig auch deutlich werden lassen, wie sehr der Zusammenbruch der Sowjetunion inzwischen die Vorzeichen der Außenpolitik auch in Asien geändert hat. Jahrzehntelang hatte das sino-indische Verhältnis wie eine Art "Sowjetbarometer" gewirkt, d.h. beide asiatischen Nachbarn beurteilten einander nach ihrem jeweiligen Verhältnis zur damaligen Supermacht UdSSR.

Ein kurzer Rückblick macht deutlich, wie sich diese Konstellation entwickelt hat.

Fünf Jahreszahlen sind es, die Markierungspunkte im sino-indischen Verhältnis setzen, nämlich 1954, 1962, 1971, 1981 und 1988.